

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Dr. André Hahn, Nicole Gohlke, Gökay Akbulut, Clara Bünger, Anke Domscheit-Berg, Christian Görke, Jan Korte, Ina Latendorf, Petra Pau, Sören Pellmann, Martina Renner, Dr. Petra Sitte und der Fraktion DIE LINKE.

Aufklärung der Vorwürfe gegen eine Trainerin im Deutschen Turner-Bund

Mit dem SPIEGEL-Artikel vom 27. November 2020 „Medaillen über Mädchen – Psychische Gewalt, Schmerzmittel, Essstörungen: Athletinnen erheben schwere Vorwürfe gegen die Trainerin Gabriele Frehse am Bundesstützpunkt in Chemnitz“ waren die Vorgänge im Deutschen Turner-Bund (DTB) keine interne Angelegenheit mehr, sondern auch ein Thema für die Sportpolitik im Bundestag und im für den Spitzensport zuständigen Bundesinnenministerium (BMI). Es folgten hunderte Presseartikel, Fernseh- und Rundfunkberichte (auch im öffentlich-rechtlichen Fernsehfunk) bei voller Namensnennung der langjährig tätigen erfolgreichen Trainerin und unter Außerkraftsetzung der üblichen Unschuldsvermutung.

Umfassend befasste sich der Sportausschuss am 24. Februar 2021 in Anwesenheit mehrerer Sachverständiger (die betroffene Trainerin sowie Elternvertreter der in Chemnitz trainierenden Turnerinnen durften nicht teilnehmen) mit der Situation im Turnsport (siehe auch „Vorwürfe gegen Turntrainerin am Olympiastützpunkt Sachsen“ unter www.bundestag.de/presse/hib/824404-824404 sowie in „Fall Frehse und die Folgen, nicht nur im Turnen“ in Sächsische Zeitung online vom 24. Februar 2021). Grundlage dafür war u. a. das vom DTB in Auftrag gegebene Gutachten, welches weder zu dem Zeitpunkt und auch nicht bis heute den Mitgliedern des Ausschusses sowie den betroffenen Personen vollständig zur Verfügung gestellt wurde (Ausschussdrucksache 19(5)299). Nach Informationen von Frau Frehse wurden ihr als betroffene Person lediglich 230 Seiten des Berichtes, davon 172 Seiten geschwärzt, zur Verfügung gestellt.

In der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der FDP-Fraktion „Aufklärung der Missbrauchsvorwürfe am Olympiastützpunkt Chemnitz im Turnen vom 2. März 2021 (Drs. 19/27177) erklärte das BMI u. a., dass es alle beteiligten Akteure um Stellungnahmen gebeten und umfassende Aufklärung gefordert habe. Auch könne sie die Gesamtergebnisse der Untersuchung der Kanzlei Rettenmaier nicht beurteilen. Zudem kündigte sie an, dass Verstöße gegen die Integrität und Gewaltfreiheit des Sports Konsequenzen hinsichtlich der Förderung durch den Bund haben kann.

Erklärungsbedürftig sind nach Auffassung der Fragestellerinnen und Fragesteller die Gründe, die zur Berufung gegen das Urteil des Arbeitsgerichtes Chemnitz führten, mit dem die Kündigung gegen die auch mit Bundesmitteln finanzierte Trainerin Gabriele Frehse für unwirksam erklärt wurde (siehe „Die fragwürdige Rolle des Turner-Bundes“ in Sächsische Zeitung vom 8. Oktober 2021

und „Fall Frehse: OSP legt keine Berufung ein“ in Freie Presse vom 23. Oktober 2021).

Verbunden mit den Vorwürfen gegenüber der Trainerin Gabriele Frehse sind auch die Entwicklung und Perspektive des Bundesstützpunktes Chemnitz, die Abwanderung von Kaderathletinnen zu anderen Bundesstützpunkten und eine instabile unzureichende Personalsituation in Chemnitz (siehe Antwort der Bundesregierung auf die Schriftliche Frage des Abgeordneten Dr. Hahn vom 3. September 2021 auf Drs. 19/32373, S. 24 sowie „Warum nur eine deutsche Turnerin bei der WM startet“ in Sächsische Zeitung vom 14. Oktober 2021).

Am 14. Februar 2022 stellte der DTB der Presse bzw. der Öffentlichkeit zwei neue Bundestrainer vor. Einer davon, der 44jährige Gerben Wiersma, ist künftig für das Frauenteam zuständig. Wiersma war vorher niederländischer Auswahltrainer, der wegen Vorwürfen wegen körperlichen und emotionalen Misshandlungen seiner Schützlinge im Frühjahr 2021 von seinem Amt zurück trat. DTB-Präsident Alfons Hölzl erläuterte zu seiner Personalentscheidung: „Wir sind fest davon überzeugt, dass uns seine Erfahrung helfen wird, den richtigen, respektvollen Weg einzuschlagen und zugleich international erfolgreich zu sein.“ (Presseinformation des DTB vom 14. Februar 2022)

2021 hatte der DTB das Projekt „Leistung mit Respekt“ ins Leben gerufen und hierzu im Februar 2022 ein Zwischenfazit gezogen. Bemerkenswert auch mit Blick auf die Vorgänge im niederländischen Turnverband ist, dass der DTB als Anstoß für dieses Projekt nicht Vorwürfe gegen mehrere Trainer*innen benennt, sondern „aufgrund bekannt gewordener Vorwürfe gegenüber einer Trainerin ...“ (gemeint ist hier nach Ansicht der Fragestellerinnen und Fragesteller ohne Zweifel Frau Frehse) aktiv wurde.

Die Pressemitteilung des DTB veranlasste Frau Gabriele Frehse am 14. Februar 2022 zu einem Schreiben an das BMI, den Vorsitzenden des Sportausschusses des Bundestages sowie die Fragesteller, aus dem sich eine Reihe von Fragen ergeben.

Aus Sicht der Fragesteller fand gegen die Turn-Trainerin Gabriele Frehse eine nun schon über ein Jahr dauernde bespiellose Kampagne und Vorverurteilung in der Öffentlichkeit statt, bei der weder der DTB noch das für den Leistungssport zuständige BMI sich für eine sachgerechte Aufklärung der im Raum stehenden Vorwürfe und den Schutz der betroffenen Person eingesetzt haben. Dies hat dem Ansehen des Sports und auch allen Bemühungen, Sportlerinnen und Sportler, vor allem Kinder und Jugendliche wirksam vor Gewalt im organisierten Sport zu schützen, schwer geschadet. Umso mehr sind umfassende Aufklärung, Analyse der zurückliegenden Abläufe und – sofern sich die Unhaltbarkeit der Vorwürfe gegen Gabriele bestätigen – deren Rehabilitation nötig. Die Antworten der Bundesregierung auf die nachfolgenden Fragen können hierzu einen Beitrag leisten.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Akteure hat das BMI um eine Stellungnahme zu den im Raum stehenden Vorwürfen am OSP Chemnitz gebeten und von wem hat sie eine entsprechende Stellungnahme erhalten (siehe Antwort auf Frage 3 der Kleinen Anfrage auf Drs. 19/27177)?
2. Inwieweit teilt die Bundesregierung das vom DTB gezogene Zwischenfazit zum Kultur- und Strukturwandel im DTB, und welche Schlussfolgerungen ergeben sich aus den vorgelegten Ergebnissen und Erkenntnissen für die Tätigkeit der Bundesregierung hinsichtlich der Förderung sowie der Arbeit mit den bei Bundeswehr und Bundespolizei beschäftigten Bundeskadern (Bericht des DTB vom 3. Februar 2022)?

3. War die Berufung von Herrn Gerben Wiersma als Bundestrainer mit dem BMI abgestimmt, und wenn ja, inwieweit teilt die Bundesregierung die Auffassung des DTB-Präsidenten Hölzl, dass Herr Wiersma mit seinen Erfahrungen die geeignete Person für dieses Amt ist?
4. Hat sich die Bundesregierung in diesem Zusammenhang das erweiterte Führungszeugnis von Herrn Wiersma vorlegen lassen?
Wenn nein, warum nicht?
5. Kennt die Bundesregierung den Brief von Frau Frehse vom 14. Februar 2022 und welche Reaktionen gab es von ihr auf diesen Brief?
6. Inwieweit und seit wann hat die Bundesregierung Kenntnis von Vorwürfen von Turnerinnen und deren Eltern über psychischen und emotionalen Missbrauch von Trainern anderer Stützpunkte sowie einem nach Ansicht der Fragestellerinnen und Fragesteller erheblich belastenden Brief einer ehemaligen Nationalmannschaftsturnerin vom Bundesstützpunkt Stuttgart an die DTB-Führung (siehe Brief Frau Frehse vom 14. Februar 2022), und was hat sie diesbezüglich unternommen?
7. Inwieweit waren die im Brief von Frau Frehse vom 14. Februar 2022 geschilderten Vorgänge zu den Vorwürfen gegen Frau Frehse im Oktober und November 2020 bekannt, und welche Position hat die Bundesregierung dazu?
8. Ist der Bundesregierung bekannt, dass es seitens des DTB keine Gesprächsversuche gegeben haben soll, und wenn ja, welche Schlüsse bzw. Konsequenzen für ihr eigenes Handeln zieht sie daraus?
9. Wer hat seitens der Bundesregierung mit Frau Frehse zu den Vorwürfen gegen ihre Person gesprochen (bitte die Personen bzw. Funktionen, Datum, Gesprächsform und Ergebnisse nennen)?
10. Hat die Bundesregierung ebenso wie das DTB-Präsidium das im Januar 2021 erschienene Gutachten über die Untersuchung der gegen Frau Frehse gerichteten Vorwürfe erhalten?
Wenn ja, wann und von wem sowie in welcher Form (im Original oder geschwärzt)?
11. Welche Schlüsse bzw. Konsequenzen zieht die Bundesregierung daraus, dass dieses Gutachten Frau Frehse und dem Arbeitgeber (OSP Sachsen) nur als überwiegend geschwärztes Exemplar zur Verfügung gestellt wurde?
12. Kennt die Bundesregierung das vom OSP Sachsen in Auftrag gegebene Gutachten von Prof. Dr. Udo Rudolph, in dem Verfahrensfehler bei der Durchführung der Anhörung von Frau Frehse durch die Rechtsanwaltskanzlei Rettenmaier festgestellt wurde (siehe auch „Das Chemnitzer Dilemma“ in Tageszeitung „neues deutschland“ vom 27./28. März 2021), und wenn nein, gab es Bemühungen, dieses Gutachten einzusehen?
13. Welche Förderungen erhielt der DTB in den Jahren 2018 bis 2022 vom Bund, welche Förderungen der Olympiastützpunkt Sachsen sowie die für das Geräteturnen weiblich zuständigen Bundesstützpunkte Chemnitz, Mannheim und Stuttgart (bitte detailliert nennen, aufgeschlüsselt nach Jahren, bei 2022 laut aktueller Planung)?
14. Inwieweit sind aus Sicht der Bundesregierung die Vorkommnisse am OSP Chemnitz inzwischen umfassend bzw. abschließend aufgeklärt, die sachgerechten Schlussfolgerungen gezogen und erforderliche Maßnahmen ergriffen worden (siehe Antworten auf Frage 8 und 9 der Kleinen Anfrage auf Drs. 19/27177)?

15. Wie hat sich seit 2018 die Zahl der Kaderathletinnen im Bereich Geräteturnen weiblich entwickelt (bitte nach Jahren, Olympiakader, Perspektivkader, Nachwuchskader 1 und der Zuordnung zu den einzelnen Bundesstützpunkten aufschlüsseln)?
16. Wie viele Trainer*innen-Stellen stehen in den drei BSP Geräteturnen weiblich zur Verfügung und wie sind sie derzeit besetzt?
17. Inwieweit haben die Vorwürfe gegen Frau Frehse und diesbezügliche Aktivitäten des OSP Sachsen sowie des BSP Chemnitz Auswirkungen auf den Umfang finanzieller Leistungen seitens des Bundes?
18. Hat das BMI im Zusammenhang mit Verstößen gegen die Integrität und Gewaltfreiheit des Sports bei Spitzensportverbänden oder anderen Zuwendungsempfängern hinsichtlich ihrer Fördermaßnahmen Konsequenzen gezogen, und wenn ja, bei welchen (siehe Antwort auf Frage 5 a–c der Kleinen Anfrage auf Drs. 19/27177; bitte die jeweiligen Zuwendungsempfänger, die Gründe für entsprechende Maßnahmen des BMI, die konkreten Maßnahmen auch mit Datum und finanziellem Umfang benennen)?
19. Hat die Bundesregierung gegenüber dem DOSB und/oder dem DTB gefordert, dass der OSP Sachsen gegen das Urteil des Arbeitsgerichtes Chemnitz vom Oktober 2021 (mit dem Frau Frehse freigesprochen wurde, wieder eingestellt und das Turnhallenverbot aufgehoben werden musste) in Berufung gehen soll?

Wenn ja, in welcher Weise und mit welcher Begründung?

Berlin, den 16. März 2022

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.